

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Zeitungspreis monatlich (bei Haus 2 RM, Halbmonat 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpoststr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachpost: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-N. Osterbahnpoststr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Expeditionsstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuumgestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Reklamsseite einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigen-Nachnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Osterbahnpoststr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Zeitungsprieises

4. Jahrgang Dresden, Montag den 6. Februar 1928 Nummer 31

Berlin bleibt rot!

Proletarischer Massenaufruf gegen Stahlhelmfundgebung / Sozialdemokrat Jörgiebel schützt die Streikbrecherbanden
Blutige Attacke der Polizei auf Arbeiterdemonstrationen / Mit Gummiknüppeln gegen Frauen, Greise und Kinder

Jämmerlicher Bankrott der Stahlhelmer Mehr Schupo wie Teilnehmer

Berlin, 6. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)
In 4 wichtigen Demonstrationen zeigte das Berliner Proletariat gestern unter der Führung der KPD und des KAP dem Stahlhelmschicksal und seinen Anhängern im Bürgerblock, daß Berlin rot ist und rot bleibt. Aber der gestrige Sonntag zeigte auch, daß die Streikbrechergarde des Truppkapitals in Berlin bankrott gemacht hat. Nachdem auf der Generalversammlung des Stahlhelms noch ein durch und durch verlogener Bericht gegeben wurde, in dem prahlerisch von 3000 Neuaufnahmen erzählt wurde, präzentierte sich die Stahlhelmsjämmerlichkeit eine Stunde später in einer „Stärke“ von genau 2200 Mann, wozu noch 100 bis 200 Kriegervereinsler mit Beatenrock und Zylinder kamen. Dieser für Berliner Begriffe geradezu jammervolle Haufen wurde in allen Straßen und an allen Ecken erwartet und begrüßt mit dem Gesang der „Internationale“ und mit Juxrufen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. Dieses Streikbrechergesindel wäre, darüber besteht kein Zweifel, von der Berliner Arbeiterschaft Mann für Mann vorgenommen und durchgedroschen worden, daß ihnen die Lust zu weiteren Provokationen vergangen wäre. Die Berliner Arbeiterschaft hätte dem ganzen faschistischen Spuk ein direktes und schimpfliches Ende bereitet, wenn nicht der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgiebel alle seine zur Verfügung stehenden Mannschaften wieder einmal um die Sonntagstube gebracht hätte, wenn er nicht taumelnde vor Schupojägern unter dem Kommando monarchistischer und republikanischer Offiziere wieder auf die Arbeiterschaft losgeheut hätte. . . . So mußte das Geschehe festgestellt werden wie am 8. Mai: Der kleine Stahlhelmschicksal war umgeben von einem ungeheuren, bis an die Zähne bewaffneten Schupoaufgebot. Vor dem Stahlhelm, mitten im Zuge, hinter dem Zuge, in den Querstraßen und Parallelstraßen, überall sah man Massen von Schupo. Zu Fuß, zu Pferd, auf Rädern, auf Lastautos, in kleinen Hebersalkommandos, Kriminalpolizisten zu Fuß und zu Fahrrad und immer wurden neue Attacken gegen die erregte protestierende Arbeiterschaft unternommen. An mehreren Stellen leitete die Schupo richtiggehende Hinterhalte ein. Ein Teil Arbeiter wurden in einer Straße abgeperrt, dann wurde die Straße von der anderen Seite plötzlich verriegelt. Von 2 Seiten wurde auf die Menge, die nun keinen Ausweg mehr hatte, mit den Gummiknüppeln wahllos eingedroschen, auch auf Arbeiterfrauen, Kinder, Greise und Kranke. 125 Arbeiter, darunter auch Reichsbannerkameraden, wurden verhaftet. Die Zahl der mit den Gummiknüppeln mißhandelten, blutiggeschlagenen und verletzten Arbeiter steht nicht fest.
In der Spitze des Stahlhelmszuges aber als Leiter und Oberkommandierender aller Hebersälle auf die Arbeiterschaft, als treuer Beschützer des Stahlhelms, zu dem unaufhörlich Meldungen kamen, von dem immer Befehle ausgingen, da fuhr in seinem schönen Auto der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgiebel und ordnete an, wie am besten die Arbeiterschaft niedergeschlagen werde, während hinter ihm in der ersten Reihe die faschistischen Hohenjunkerprinzen marschierten, während die Stahlhelmschicksal an den Galgen! Die Juden an die Wand! Die rote Front ins Juchthaus! So wünschen wir das Land!“
So marschierten die Stahlhelmschicksal unter dem Schutz des Herrn Jörgiebel durch Berlin, von allen Seiten ausgepfiffen und niedergeschrien. Aus den Fenstern kamen nicht nur laute Äpfel und andere Küchenreize, sondern ganze Blumentöpfe saßen durch die Luft und landeten ihr Ziel. Dann sammelte sich die deprimierte Bürgerblockkriegsarmee in ziemlich niedergeschlagener Stimmung im Lustgarten, der vorher durch Hunderte von Schupojägern mit Gummiknüppeln vollständig menschenleer geprügelt war und an allen Ecken und Enden abgeperrt wurde. Nach

einer Parade von 1/2 Stunde löste sich der Stahlhelm auf. Kleine Trupps wurden von drei- bis viermal so starken Schupoaufgeboten nach bestimmten Lokalen abgeführt, wo sie sich in Zivil umzogen, ihre Abzeichen ablegten und durch Hintertüren und Nebenausgänge verjagt, als harmlose Passanten heimlich nach Hause zu kriechen. Andere Stahlhelmschicksal wurden mit großem Schupoaufgebot direkt nach den Bahnhöfen geleitet und nach ihrer auswärtigen Heimat verfrachtet.

Berlin bleibt rot! Trotz Jörgiebel! Trotz Stahlhelmschicksal! Trotz Bürgerblockregierung!

Nationalisten werden freigesprochen

Vor dem 1. Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich der Sekretär des deutschen nationalen Landarbeiterverbandes, Hubner, zu verantworten. Er hatte auf die Republik geschimpft, diese sei ein Sumpf, die Reichsbannerfarben hatte er als schwarz-rot-weiß bezeichnet und erklärt, die Verfassung stamme von dem Juden Freuk, Juden seien keine Deutsche.
Das Landgericht in Nordhausen hatte dem nationalen Heiden 2 Monate aufgebunnt. Das Reichsgericht sprach ihn frei, weil er beiseite gewiesen. Wer diese Tugend treu nationaler Männer mit der nationalitätlichen großen Schnauze verbindet, der muß freigesprochen werden.

Wieder ein Mord durch einen Polizeibeamten

Altenburg i. Thüringen, 4. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Ein schändlicher Polizeimord an einem Stahlhelmschicksal, Hermann Thome, wurde in Rostitz (Kreis Altenburg) begangen. Der Gendarmerieoberwachmeister Berger verhaftete in der Wahnholzwirtschaft einen „verdächtigen“ Mann, der den Fahrplan studierte, aber keine Fahrkarte gelöst hatte. Der Oberwachmeister trat an ihn mit den Worten: „Hände hoch!“ heran. Der Mann machte eine laubende Bemerkung und ging, die Hände in der Hosentasche, auf den Ausgang der Wirtschaft zu. Der Gendarmerieoberwachmeister nahm dies „als Nachtverbrechen“ und schob den Mann sofort nieder, angeblich, weil er fürchtete, der Mann würde einen Revolver aus der Hosentasche ziehen. Der nach wenigen Schritten tot zusammenstürzende Mann erwies sich dann nicht als Heide, sondern als der Stahlhelmschicksal Thome.
Der Schicksal des Gendarmerieoberwachmeisters ist um so härter zu bemerken, weil das Altenburger Gebiet sehr weit von der Rostitzer Gegend entfernt liegt, daß ein Austausch des im Banger Wald umherirrenden Heide rein zeitlich unmöglich sein mußte. Das Altenburger Gebiet liegt in Nordost-Thüringen, Richtung Leipzig, während Heide im südthüringisch-nordbayerischen Gebiet verfolgt wurde. Schuld an diesem Polizeimord sind die Schicksalordenungen der verantwortlichen Polizeiminister, die schon zu vielen Mordmorden „auf der Flucht“ an revolutionären Arbeitern führten.

Die Woche im Ausland

Stresemanns Rede und die Politik des deutschen Imperialismus — Deutsche Ostpolitik — Die kleine Entente und Ungarn

Englische und französische Blätter haben gemeint, daß Stresemanns Rede die Einleitung einer neuen Phase der deutschen Außenpolitik bedeute: vom Bitten und Vermitteln sei man zum Fordern übergegangen. Wenn man die Rede liest, ihre teilweise sehr scharfen Formulierungen verfolgt, wird man das letztere zweifellos anerkennen: der Ton, in dem die sofortige Rheinlandräumung als das gute Recht Deutschlands verlangt, in dem weiter die von französischer Seite (vor allem von dem berühmten Sozialdemokraten Paul Boncour) vertretene Forderung, daß Deutschland zum Entgelt für die Rheinlandräumung eine dauernde Militärkontrolle seiner Westgrenze bewilligen soll, als unzulässige Annahme zurückgewiesen wird, — dieser Ton, der sich bis zur Bezeichnung der offiziellen französischen „Sicherheits“-Phrasen als Heuchelei steigert, ist etwas Neues, ist ein Zeichen des gesteigerten Kraftgefühls des deutschen Imperialismus.
Und ehe noch Briands Antwortrede vorlag, zeigten die französischen Pressestimmen, daß sich der französische Imperialismus gegenüber dem deutschen nicht gerade in der Offensive befindet: man kommt sich kaum mehr an das „verdrängte Recht“ der Friedensverträge, sondern ist im wesentlichen bereit, für das, was gegeben werden muß, einen noch möglichst hohen Preis herauszuholen. Aber zu sagen, daß diese Stresemannrede eine neue Phase der deutschen Außenpolitik einleite, ist entschieden falsch: es sind die alten Forderungen, es ist die alte Politik des Drohens mit dem „Nach-anders-Sinnen“ — und es sind auch die alten technischen Manöver der „doppelten Buchführung“, mit denen man gleichzeitig die Friedenspolitik und das — natürlich modernisierte und von den J. G. Fordern erzeugte — Schwert vorzeigt. Man hat gewisse Anfangserfolge auf dem betretenen Wege erzielt und kann lächerlich sprechen — das ist alles.
Im wesentlichen war die Art, wie Stresemann seine Forderungen aufstellte, für die ganze Politik des neu-deutschen Imperialismus klassisch: Er sprach vom Frieden und von der Völkerverständigung, von dem „eisernen Vorhang“ der Rheinlandbesetzung, der endlich hochgezogen werden müsse, um zu einem ertäglichen Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zu kommen. Er war der relaxte und vollendete Basillismus, und die Worten Wahrheit und Weisheit konnten seine Friedensliebe preisen — der Vorwärts und das Berliner Tageblatt konnten auf ihn ihre Leser als das Brückstück der nach den Wohlentkommenen Regierung verworfen: Seht ihr nicht, wie schön alles werden wird, wenn dieser Friedensengel erst von seinen deutsch-nationalen Kabinetskollegen befreit ist?
Aber seine Fraktionskollegen, die beiden offiziellen Redner der Deutschen Volkspartei, verkündeten das Programm des „neuen Deutschland“, um dessen willen der „eiserne Vorhang“ aufgehoben werden soll: Sicherung der Lage im Osten (wozu auch die endgültige Erledigung der Saarfrage gehört), Grenzrevision im Osten, Reformen, niemand auch nicht Freilich und auch nicht Wirth — hat gegen dieses Programm

ein Wort gesagt — man ließ es aussprechen und verkündet es dem Ausland, zu welchem politischen Ziele man die Rheinlandräumung fordert; nicht, damit rheinische Mädchen und rheinischer Wein statt von französischen Soldaten bloß von rheinischen Spießbürgern genossen werden sollen und damit auf diesem Wege die „Völkerverständigung“ gedeihe — sondern zu dem Zwecke, daß der deutsche Imperialismus freie Bahn zur Verwirklichung seiner politischen Ziele erhalte. Kämm das Rheinland zum äußeren Ausdruck eurer Bereitschaft, jene Revision des Friedensvertrages zuzugestehen, die den geänderten Machtverhältnissen entspricht — das ist die Forderung, die im Reichstag an Frankreich gestellt wurde.
„Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt.“ — Geht Frankreich auf diese Forderung nicht ein, will es nicht mit Zugeständnissen die Verständigung erkoufen, so kann der deutsche Imperialismus auch anders. Herr Freitag-Voringshove hat im Namen der größten Regierungspartei gegen die offizielle Außenpolitik polemisiert und eine antifrösische und antipolnische Orientierung Deutschlands, eine Verbindung mit England und Italien, einen Versuch der Mobilisierung der „kleinen Mächte“ gegen die französische Position im Völkerverständigung vorgeschlagen. Stresemann hat das für eine „parlamentarische Entgegnung“ erklärt und gegen seinen wertigen Koalitionsgenossen polemisiert — aber was sollte er denn anders tun, wenn er nicht seine eigenen Verständigungsangebote an Frankreich von vornherein als leeren Schwindel hinstellen wollte? Bis zum gewissen Grade geriet ein Teil des Zentrums — und gerade jene Leute, die prinzipielle — meist kirchenpolitische — Neigung zur Verständigung mit Frankreich und Polen haben, den Deutschen in die Haare — aber die Koalition hat die Sache gut ausgehalten und mit einem Theaterdonner überstanden. Kann man im Ernst glauben, daß eine Koalition, wie die gegenwärtige, einen wirklich en Gegenstand in derart grundlegenden Fragen zwischen ihrer größten Partei auch nur 24 Stunden lang aushalten könnte? Aber es besteht eben kein wirklicher Gegenstand zwischen dem, der fordert, und — dem Revolver, den er zur Befestigung seiner Forderung in der Tasche bereit hält — man er tausendmal erklären, daß der Revolver nicht ihm gehöre, und daß er persönlich durchaus gewillt sei, alle debauerischen Differenzen auf friedlich-schiedlichem Wege auszutragen.
Freitag-Voringshovens Rede und vor allem der Umstand, daß die Koalition sie überstand, ist eine deutliche Drohung gegen Frankreich (die daneben den Vorzug hat, brauchbare Wahl-demagogie zu sein): Wenn ihr Stresemann nicht die nötigen Konzessionen macht — so kann man nicht wissen, ob er sich an der Fällung wird behaupten können — und ihr seht, was das an fähmt!
Diese Konstellation des objektiven Zusammenspiels zwischen Stresemann und den Deutschen ist natürlich so zu verstehen, daß nicht gewisse wirkliche Interessendifferenzen